

Interview | 21.08.2018 | Lesezeit 6 Min.

„Kein Talent darf unentdeckt bleiben“

Seit 2017 ist Yvonne Gebauer (FDP) Bildungsministerin im größten deutschen Bundesland, Nordrhein-Westfalen. Ein Gespräch über die Rückkehr zu G9, Talentschulen, die Digitalisierung und darüber, wo der Bildungswettbewerb wirklich stattfindet.

Frau Gebauer, was sind die größten Herausforderungen für die Bildungspolitik der kommenden Jahre?

Das gestaltet sich in allen Bundesländern – je nach Ausgangslage – ein wenig anders, aber die großen Themen sind überall gleich: Digitalisierung, Inklusion, Integration, die zunehmende Heterogenität der Schülerinnen und Schüler und die Sicherung der Qualität der Bildung in unseren Schulen.

Es muss uns bewusst sein beziehungsweise noch werden, dass unsere Schulen ein harter Standortfaktor sind, nicht nur für eine Kommune oder eine Region, sondern für Deutschland insgesamt im internationalen Wettbewerb. Wir haben außer dem, was wir unseren Kindern als Bildung mit auf den Weg geben, fast keine Rohstoffe.

Welche bildungspolitischen Herausforderungen sehen Sie ganz konkret für Ihr Bundesland Nordrhein-Westfalen?

In Nordrhein-Westfalen müssen wir den Anschluss an die Spitzenreiter in der digitalen Bildung finden und gleichzeitig die tradierten Kulturtechniken Lesen, Schreiben und

Rechnen stärken. Das mag auf den ersten Blick nicht recht zusammenpassen, aber nur wer diese drei Fähigkeiten beherrscht und auch in der Digitalisierung gut aufgestellt ist, kann die sich bietenden Chancen ergreifen.

Eine weitere Herausforderung ist die Teilhabe und Förderung von Kindern mit Handicaps im schulischen Alltag – die schulische Inklusion –, die dringend einer Umsteuerung bedarf.

Die Rückkehr zu G9 ist zwar beschlossene Sache, in NRW allerdings erst nach einem Übergangsjahr.

Es ist organisatorisch schlichtweg nicht machbar, innerhalb weniger Monate eine solch komplexe Umstellung vorzunehmen. Der Landtag hat das Gesetz erst kurz vor der Sommerpause beschlossen. Allerdings arbeiten wir schon seit Beginn des Jahres daran, die neuen Lehrpläne mit Schwerpunkten in der MINT-Förderung und der ökonomischen Bildung fertigzustellen.

Die Teilhabe und Förderung von Kindern mit Handicaps im schulischen Alltag bedarf dringend einer Umsteuerung.

Hand aufs Herz: G8 oder G9 ist doch nicht die entscheidende Frage in der Bildungspolitik - dennoch stand sie im Wahlkampf im Vordergrund. Warum?

Die Frage, ob G8 oder G9 besser ist, war eine der zentralen gesellschaftlichen Debatten in den vergangenen Jahren. Wir mussten am Ende feststellen, dass die Akzeptanz für G8 bei Schülerinnen und Schülern, Eltern, den Lehrern, aber auch in der Politik rapide schwand und eine klare, zukunftssträchtige Entscheidung nötig war. Diese hat die Landesregierung mit der Leitentscheidung für G9 getroffen und für die Schulen, die bei G8 bleiben wollen, eine Alternative geschaffen.

Ein zusätzlicher Jahrgang bedeutet auch: mehr Klassenräume, mehr Lehrer - bei gleichzeitig knappen Kassen ...

Wir haben mit den kommunalen Spitzenverbänden einen guten Weg vereinbart: Das Land hat sich dazu bekannt, den Kommunen die sogenannten Konnexitätskosten

auszugleichen, beispielsweise für den Bau neuer Klassenräume.

Migration ist für die Bildungspolitik zum zentralen Thema geworden. Noch nehmen viele Flüchtlingskinder gar nicht am Regelunterricht teil, sondern werden darauf in Sonderklassen vorbereitet. Wie können die Zuwanderer in den regulären Unterricht integriert werden?



Wir haben in NRW in den vergangenen Jahren rund 90.000 schulpflichtige Kinder und Jugendliche aufgenommen. Viele von ihnen müssen noch in die Regelklassen integriert werden. Das setzt allerdings ausreichende Deutschkenntnisse voraus. Beispielhaft sei in diesem Zusammenhang das Projekt „Fit in Deutsch“ genannt: Allein in diesem Jahr besuchen mehr als 9.000 Schülerinnen und Schüler mit Flucht- oder Migrationshintergrund und Sprachförderbedarf in den Ferien besondere Kurse, in denen sie sowohl sprachlich gefördert als auch mit unseren Werten und klassischen Alltagssituationen bekannt gemacht werden.

4,8 Sterne bei Google, viele Likes bei Facebook: Schulen mit einem guten Ruf sind ein wichtiger Standortfaktor. Problemschulen führen dagegen zur Abwanderung von Fachkräften und Akademikern, weil die ihre Kinder lieber wohnortnah in eine gute Schule schicken wollen. Was haben Sie in NRW vor, damit die Qualität überall stimmt und wie wollen Sie „verlorene“ Schulen zurückgewinnen?

Wir haben ein ganzes Bündel an Maßnahmen zur Qualitätssteigerung in Vorbereitung. Für die Grundschulen werden wir im Herbst einen Masterplan vorstellen, der zahlreiche fachliche Elemente zur Verbesserung der Qualität des Unterrichts enthält, zum Beispiel einen verbindlichen Grundwortschatz.

Zudem habe ich vor wenigen Wochen unser Konzept für landesweit bis zu 60 Talentschulen in Stadtteilen mit besonderen Herausforderungen vorgestellt. Es war

und ist mir ein Herzensanliegen, dass diese Landesregierung rasch ein Zeichen setzt, um soziale Nachteile im Bildungsbereich zu überwinden und Aufstiegschancen für alle zu ermöglichen. Kein Talent darf unentdeckt bleiben. Die Schülerinnen und Schüler sollen an den Talentschulen durch besondere Unterrichtskonzepte individuell gefördert werden.

Noch immer ist die Digitalisierung - trotz der vorhandenen Fördertöpfe - in vielen Schulen nicht so recht angekommen. Woran liegt das und wie wollen Sie das ändern?

Es ist richtig: Mit dem Status quo bin ich nicht zufrieden. Die Freien Demokraten sind im Landtagswahlkampf dafür eingetreten, die Digitalisierung spürbar zu verbessern. Wir sorgen jetzt zusammen mit dem Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart dafür, dass alle Schulen bis 2022 ans Glasfasernetz angeschlossen werden; bislang sind es gerade einmal 13 Prozent.

Ein Bundesschulministerium wäre keine geeignete Antwort auf die Herausforderung.

Derzeit wird seitens des Landes, aber auch des Bundes, viel Geld zur Verfügung gestellt, das die Kommunen dafür nutzen sollen, die Schulgebäude zu sanieren und mit digitaler Technik auszurüsten. Außerdem verankern wir digitale Kompetenzen in allen Lehrplänen und wollen mit einer breit angelegten Lehrerfortbildung den notwendigen großen Schritt vorankommen. Die Herausforderung besteht darin, all diese Prozesse zeitgleich zu gestalten.

Bildungspolitik ist Ländersache. Ist das angesichts der großen Herausforderungen beispielsweise beim Thema Integration oder beim Wunsch nach vergleichbaren Schulabschlüssen sinnvoll?

Ich bin eine große Anhängerin von problemloser Mobilität im Schulsystem und mehr Vergleichbarkeit zwischen den Ländern. Dafür kämpfe ich auch in der Kultusministerkonferenz - auch wenn ich weiß, dass dies ein zäher Prozess ist.

Dennoch warne ich davor, wenn gerade im Bereich Bildung alle erwartungsvoll nach Berlin schauen. Ein Bundesschulministerium wäre keine geeignete Antwort auf die Herausforderung. Wir haben über 30.000 Schulen in Deutschland mit völlig verschiedenen Bildungsgängen, einer hochkomplexen Schulstruktur und diversen

Ausprägungen. Das würde jedes Bundesbildungsministerium überfordern. Daher ist der Weg einer engeren Kooperation der Länder der richtige. Aber wir müssen schneller werden und bessere Ergebnisse erzielen.

In der Kultusministerkonferenz kommen die Bildungs- und Kultusminister der Bundesländer zusammen. Wie sollte sich diese Institution weiterentwickeln?

Wir werden neben der Kultusministerkonferenz einen nationalen Bildungsrat bekommen, über dessen Ausgestaltung die Länder gerade mit dem Bund diskutieren. Ich wünsche mir, dass aus dem Bildungsrat neue, innovative und wegweisende Vorschläge für eine moderne Bildungspolitik kommen und die Kultusministerkonferenz sich zu einem echten Koordinierungsgremium entwickelt. Wir dürfen nicht immer nur einzelne Aspekte betrachten, sondern müssen insgesamt mehr erreichen.

Dazu gehört mehr Vergleichbarkeit, aber auch mehr Verbindlichkeit beim Zentralabitur. Außerdem mehr Austausch zwischen den Ländern, mehr Anerkennung, zum Beispiel bei den Abschlüssen. Wir stehen ja in Wahrheit nicht in Konkurrenz zu Bayern oder Rheinland-Pfalz, sondern Deutschland insgesamt steht im Wettbewerb zu vielen anderen Nationen.

Im Interview: Yvonne Gebauer *Bildungsministerin in Nordrhein-Westfalen*



Kernaussagen in Kürze:

- Yvonne Gebauer, Bildungsministerin in Nordrhein-Westfalen, sieht in der schulischen Inklusion eine große Herausforderung für die Bildungspolitik.
- Ein weiteres Anliegen der Ministerin ist die Digitalisierung. Bis 2022 sollen alle Schulen in NRW ans Glasfasernetz angeschlossen sein.
- Eine zentrale Steuerung der Bildungspolitik aus Berlin ist für Yvonne Gebauer nicht erstrebenswert. Vielmehr sollten die Länder enger zusammenarbeiten.